

Antrag #3



**KREISVERBAND
BITBURG-PRÜM**

Der Vorstand der Jungen Union im Bezirk Trier möge beschließen und für die Umsetzung in übergeordneten Gremien wirken:

In Rheinland-Pfalz ist flächendeckend das bereits in einigen Bundesländern erprobte und vom Bundeskriminalamt initiierte SMS-Fahndungssystem einzuführen.

Begründung:

Angesichts einer starken personellen Unterbesetzung der Polizei in Rheinland-Pfalz ist die Mithilfe von Bürgerinnen und Bürgern unabdingbar.

Das bereits erprobte System der SMS-Fahndung richtet sich besonders an Berufsfahrer, wie etwa Taxifahrer oder Kommunalbedienstete.

Diese können sich für das Programm im Internet registrieren lassen und erhalten – sobald erforderlich – eine Kurznachricht auf das Mobiltelefon, welche etwa wie folgt lautet:

„Bankraub, Polizei sucht zwei ca. 30jährige Männer, Jeans, schwarze Jacken, flüchtig mit braunem 5erBMW, Dortmunder Kennzeichen. Hinweise 110“.

Die Fahndungsmeldung soll dabei nur in Fällen möglicher schwerer Verbrechen abgesetzt werden.

Durch diese Initiative soll zum einen die kritische Situation der personellen Unterbesetzung – besonders in ländlichen Regionen – entschärft werden, zum anderen soll der mündige Bürger in das System der öffentlichen Ordnung integriert werden.

20.08.2004, JUNGE UNION BITBURG-PRÜM